

Gefährdet Ulla Schmidt die medizinische Versorgung in Osteuropa vorsätzlich?

(Fragt Matthias G. Schreiber im Diskussionsforum von www.facharzt.de -
sinngemäß gekürzte Wiedergabe der längeren Stellungnahme)

Wie kann man dieses Vorhaben interpretieren?

Möglichkeit 1

Gutes unterstellt: die Absicht, ein Versorgungsproblem in Deutschland zu lösen.

Aus wirtschaftlicher Sicht gibt es allerdings kein Motiv, sich in Deutschland den ökonomischen Risiken und bürokratischen Hindernissen auszusetzen. Man hat heute in Osteuropa viele bessere Chancen, sich dem Wachstum zu stellen – oder glaubt unsere Gesundheitsministerin, Deutschland sei das Non-Plus-Ultra-Ärzteland?

Es wäre ja im übrigen nicht mit den 40 Kieferorthopäden getan – man müsste hier viel weiter denken – denn es fehlen in den nächsten Jahren aufgrund der Alterspyramide nicht nur Kollegen dieser kleinen Fachgruppe, sondern flächenhaft Ärzte aller Fachrichtungen. Diesen Mangel kann niemand kompensieren, ohne die medizinische Versorgung dauerhaft einzuschränken – Stichwort: Wartelistenmedizin.

Möglichkeit 2

Handfester diplomatischer Skandal!

Wäre ich polnischer Regierungschef, würde ich Gerhard Schröder eine Note schicken ...

Ärzte abwerben und das Versorgungsniveau in Polen absenken, könne nicht die Aufgabe der deutschen Gesundheitsministerin sein

Kann man sich das Dilemma vorstellen, wenn die deutsche Regierung Ärzte aus Osteuropa abwirbt, um vakante Stellen in deutschen Krankenhäusern und Praxen zu besetzen? Glaubt man den Verlautbarungen der Bundesärztekammer, so kann die Hälfte der Krankenhäuser in Westdeutschland Stellen nicht besetzen, im Osten Deutschland sollen es sogar 80% sein, die offene Stellen ausweisen. In den nächsten 5 Jahren werden fast 30.000 (dreißigtausend) Ärzte gebraucht, im Jahr 2013, also in nur zehn Jahren, sollen es 62.000 Ärzte sein.

Ärzte aus den ärmeren europäischen Ländern abzuwerben, ist ein politischer Skandal. Statt Ursachen unserer Probleme zu suchen, zu finden und zu beseitigen, will die Bundesgesundheitsministerin zu Lasten ärmerer Länder hausgemachte deutsche Probleme lösen.